



Datum: 29. Juni 2015

Medium: www.diepresse.com

Studie: Geld für Pflege kommt dreifach retour Thema:

## Studie: Geld für Pflege kommt dreifach retour



Bild: (c) APA/BARBARA GINDL (BARBARA GINDL)

Altenheime kosten nicht nur viel, sie rentieren sich auch für die Gesellschaft. Österreich hinkt bei Pflegebetten nach, die Steiermark plant dennoch eine Reduktion.

29.06.2015 | 18:00 | (Die Presse)

Wien/Graz. 25.000 Menschen sind allein in Niederösterreich und der Steiermark in Altenund Pflegeheimen untergebracht. Im Reigen der Industriestaaten liegt Österreich allerdings bei der Zahl der Pflegebetten im Vergleich zur Bevölkerung im letzten Drittel, laut einer OECD-Studie auf Platz 22 von 28 Ländern. Mit diesem Hinweis wurde am Montag das Bild der beständigen Meldungen über die stark steigenden Kosten für Pflege etwas zurechtgerückt.

Ein Grund dafür ist allerdings, dass in Österreich das System der ambulanten Betreuung und der Pflege daheim besonders gut ausgebaut ist. Anlass war die Präsentation der Studie des Kompetenzzentrums für Non-Profit-Organisationen und Social Entrepreneurship an der Wiener Wirtschaftsuniversität im Auftrag der Länder Niederösterreich und Steiermark über



stationäre Pflegeeinrichtungen im Jahr 2013. "Jeder investierte Euro in die Pflege kommt dreifach zurück", fassten die Landesräte Barbara Schwarz aus Niederösterreich und Christopher Drexler aus der Steiermark (beide ÖVP) die Ergebnisse beinahe wortgleich zusammen. Allein das Land Niederösterreich steckt fast 1,2 Milliarden in den Bereich. Eingerechnet wurden dabei nicht nur rein finanzielle Auswirkungen, sondern unter anderem auch gesundheitliche Folgen für Pflegeheimbewohner, für die Wirtschaft, aber auch für Angehörige, wie Studienleiter Christian Schober und Ena Pervan vom Kompetenzzentrum erläuterten.

Neben der wichtigen Funktion der Schaffung von Arbeitsplätzen, wobei der Pflegesektor ohnehin einer der wachsenden Sektoren ist, werden gesellschaftliche Wirkungen (längere Lebenserwartung, keine Verwahrlosung, weniger psychische Belastung für Angehörige), aber auch finanzielle Aspekte (Auflösung von Rücklagen bei Betroffenen, weniger nötige Hausbesuche durch Ärzte) berücksichtigt.

## Gewappnet für Verhandlungen

Die Bundesländer haben sich mit der Studie für anstehende Entscheidungen gewappnet. Schließlich fordern alle Länder bei den inzwischen begonnenen Verhandlungen über den Finanzausgleich, die 2016 abgeschlossen werden sollen, vom Bund mehr Geld für die Pflege. Der Hinweis auf die Umwegrentabilität dieser Mittel liefert neben der steigenden Zahl an hochbetagten Menschen, die künftig Betreuung brauchen werden, Argumentationsstoff für diese Beratungen.

In den Ländern selbst werden ebenfalls Korrekturen vorgenommen. So hat Niederösterreich zwar 400.000 Einwohner mehr, aber mit 12.000 Heimbewohnern um gut 1000 weniger als die Steiermark. "Wir hinken nicht nach, wir haben besser geplant", sagte Landesrätin Schwarz. "In der Vergangenheit", warf Drexler ein. Die Steiermark, die trotz des 2013 noch geltenden und nun abgeschafften Regresses von Angehörigen mehr Pflegebetten aufwies, wird das ändern. Drexler kündigte an, trotz eines erwarteten Anstiegs von 79.000 auf 93.000 Bezieher von Pflegegeld bis 2025 wolle man die Pflegebetten um rund 1000 reduzieren. (ett)

## **Auf einen Blick**

**Pflegeheime**. In Niederösterreich lebten 12.016 Menschen in Pflegeheimen (2013), in der Steiermark 13.273. Davon waren in Niederösterreich 76 Prozent Frauen, in der Steiermark 71 Prozent. 47 Prozent der Bewohner in NÖ-Pflegeheimen sind 85 Jahre oder älter, in der Steiermark sind es 49 Prozent. 5699 Heimbetreuerinnen gibt es in Niederösterreich, 6571 in der Steiermark.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 30.06.2015)